

Vergleich der Landtagswahlprogramme CDU, SPD, Grüne, FDP, Die Linke, AfD zum Thema Bildung (Auszüge in Stichpunkten – Stand: Februar 2016)

Titel des Wahlprogramms:

CDU: Gemeinsam. Zukunft. Schaffen.

SPD: Baden-Württemberg leben

Die Linke: Baden-Württemberg Plus Sozial

Grüne: Grün aus Verantwortung für Baden-Württemberg

FDP: Mehr Chancen durch Freiheit.

Alternative für Deutschland: Für unser Land – für unsere Werte

GEW-Position	CDU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke	AfD
<b>Titel des Bildungskapitels bzw. Schulkapitels</b>						
	<u>Gute Schulen für unse-re Kinder</u> (Wir wollen) Schulen, die die Begabungen und Bedürfnisse gezielt und individuell fördern. Das erfolgreiche differenzierte Schulsystem wurde durch Grün-Rot schwer beschädigt.	<u>Bildung, die allen ge-recht wird</u> Jetzt geht es darum, den eingeschlagenen bildungspolitischen Kurs fortzusetzen und die Qualität des Bildungssystems weiter zu verbessern.	<u>Unser Kapital heute und morgen: Bildung, die alle Stärken entfaltet</u> Unser Ziel ist ein leistungsfähiges und gerechtes Bildungssystem, integrativ und inklusiv – von der Kita bis zur Hochschule.	<u>Unser Ziel: Die beste Bildung der Welt</u> Das Bildungssystem ist durch grün-rot in erhebliche Unruhe versetzt worden. (...) Wir setzen uns für einen Schulfrieden in BW ein. - Planungssicherheit und mehr Autonomie. Ablehnung des Einheitsschulsystems.	<u>Bildung geht sozial – Fördern statt Ausgrenzen</u> Für ein Bildungssystem, das alle Menschen [...] einbezieht und individuell fördert.	<u>Für ein differenziertes, leistungsfähiges Bildungssystem</u> Um Bildung zukunftsfähig zu gestalten, ist es unumgänglich, den anhaltenden Verfall unseres Bildungssystems zu stoppen.
<b>Inklusion</b>						
Die GEW tritt dafür ein, das Recht auf Bildung ohne Diskriminierung in einem inklusiven Bildungssystem auf allen Ebenen zu gewährleisten. Dies setzt eine gute Ressourcenausstattung voraus.	Wahlfreiheit der Eltern für Sonder- oder allgemeine Schule oder Außenklasse; Gruppeninklusion mit gleicher Behinderung; Erhalt des Sonderschulwesens: Zwei-Pädagogen-Prinzip an Regelschule wird angestrebt.	<u>Schulträger werden weiterhin beim Ausbau inklusiver Angebote unterstützt, das Netzwerk inklusiv arbeitender Schulen wird bedarfsorientiert ausgebaut.</u>	<u>Perspektivisch Inklusion an allen Schulen / Schularten; Wahlfreiheit für die Eltern, Vereinfachung des Antragsverfahren für inkl. Beschulung, Abbau des strukturellen Defizits im sonderpäd. Bereich, Zwei-Pädagogen-Prinzip wird angestrebt.</u>	<u>Wahlfreiheit für Eltern; Sonderschulen bleiben als Angebotsschulen erhalten und werden als SBBZ gestärkt, Finanzierung in einem Budget bündeln.</u>	<u>Rechte der Menschen mit Behinderung endlich umsetzen (Barrierefreiheit, kleinere Klassen und sonderpädagogische Unterstützung), Gebärdensprache als Schulfach einführen, Inklusion nur in „Einer Schule für alle“ umsetzbar.</u>	Erhalt der spezialisierten Sonderschulen, Fokus auf „Eignung“ des Lehrpersonals. Inklusion nicht erzwingen. Sie darf Mitschüler nicht beeinträchtigen. Sonderschulen sind von Vorteil für alle.

GEW-Position	CDU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke	AfD
--------------	-----	-----	-------	-----	-----------	-----

Schulsystem						
Eine Schule für alle ist eine Schule, die bereit und in der Lage ist, alle Schülerinnen und Schüler mitzunehmen und optimal zu fördern. Die GEW strebt die Schule für alle an und unterstützt Entwicklungspfade, die diesen Weg beschreiben.	Differenzieren statt nivellieren: Schulträger sollen sich für differenzierte Bildungswege entscheiden können. Zwei-Säulen-Modell deckt den schülergerechten Förderbedarf nicht.	Weiterentwicklung des Zwei-Säulen-Modells orientiert mit Gymnasium + 2. Integrative Säule, Angebot eines Schulfriedens.	Begonnene Veränderungen fortführen. Zwei-Säulen-Modell mit Gleichwertigkeit der Säulen: Gym plus 2. Säule aus HS/WR/RS/GMS, die sich zu integrativen Schulen entwickeln sollen.	Entscheidung über Schulstruktur in Bildungsregionen. Fortführung der Schularten einzeln oder im Verbund. Ablehnung des Zwei-Säulen-Modells, Angebot eines Schulfriedens.	Schrittweiser, aber konsequenter Abbau des selektiven Schulsystems. Mittlerer Abschluss soll künftig Basisabschluss und durch Förderung und variable Verweildauer für alle erreichbar sein.	Mehrgliedriges Bildungssystem. Bildungstradition statt Bildungsmoden.
Regionale Schulentwicklung (RSE)						
RSE ist zur Sicherung eines leistungsstarken und wohnortnahen Schulangebots unumgänglich. Zu dieser äußeren muss jedoch ein innerer Schulentwicklungsprozess hinzukommen.	RS führte zu Schulschließungen. GMS wurde von vielen Kommunen nur aus Standortgründen eingeführt. Schullandschaft durch intensiven Dialog gestalten.	Verweis auf Erfolg des Gesetzes: 90 Prozent der Verfahren im Konsens abgeschlossen, RSE soll fortgesetzt werden.	Soll von den Kommunen ausgestaltet werden; keine Vorgaben des Landes	Bildungsregionen flächendeckend einrichten, regionales Schulangebot soll vor Ort gestaltet und entschieden werden.	RSE war zunächst nur ein Abwicklungskonzept für HS. Zentrale Standortplanung fehlt bislang.	
Grundschule (GS)						
Die GEW fordert u.a. mehr Lernzeit, verbindliche Poolstunden, mehr Kooperationszeit für GS / Kita, Ethik ab Klasse 1, Option auf alternative Leistungsbewertungen. Verbesserungen für Lehrkräfte und Schulleitungen.	Kurze Beine – kurze Wege. Investieren in das Erlernen der Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen. Bessere Vorbereitung auf Übergänge.	Grundschule soll in den Fokus rücken, Ausbau individueller Förderung, kurze Wege zur Grundschule.	Ausbau des Ganztags; Muttersprache als Unterrichtsfach anbieten; Ethik ab Kl. 1, Islamischer Religionsunterricht nach Bedarf.	Schulbezirk für GS aufheben.	Mehr Ressourcen für Förderung; Abschaffung des Sitzenbleibens; Klassenteiler 28 für die GS, Individuelle Förderpläne und Rückmeldungen statt Noten.	

GEW-Position	CDU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke	AfD
--------------	-----	-----	-------	-----	-----------	-----

Grundschulempfehlung (GSE)						
Abschaffung der Verbindlichkeit war richtig und muss beibehalten werden: Die Prognosefähigkeit war begrenzt, ohne Verbindlichkeit weniger Druck auf die Kinder (und Eltern).	Weiterführenden Schulen soll wieder Einsicht in GSE gewährt werden; verpflichtendes Elterngespräch mit GS und weiterführender Schule; Bildungswegeempfehlung Ende Kl. 6 für HS oder RS.	GSE bleibt eine Empfehlung, keine verpflichtende Vorlage der GSE an weiterführenden Schulen.	Wegfall der Verbindlichkeit war richtig. Mehr Wahlfreiheit für Eltern, weniger Druck auf Kinder.	Recht auf Information zur GSE für die Gymnasien und andere weiterführende Schulen. Nach Evaluation ggf. Wiedereinführung der GSE. GSE soll „Recht auf Schule bzw. Schulart“ begründen. Aufnahme in eine nicht empfohlene Schulart im Bewerbungsverfahren ermöglichen.	Beibehaltung der unverbindlichen Grundschul-„Empfehlung“.	Verbindliche GSE soll wieder eingeführt werden, insbes. wegen der inhomogenen Schülerschaft am Gymnasium.
Haupt- und Werkrealschulen (HS/WRS)						
Trotz guter Arbeit sind HS/WR nicht mehr nachgefragt. Notwendig ist die Integration des HSA in andere Schularten und ein Personalentwicklungskonzept für die Lehrkräfte.	Perspektive für WR als Verbund mit RS oder als regionale Verbundschule.	Funktionierende Schulstandorte bleiben erhalten, Einzelfallprüfung, ob HS/WR eine Perspektive als integrierter Bildungsgang in 2. Säule haben.	Bei genügend Anmeldungen bleibt der Werkrealschulabschluss.	Kooperation WR mit BS in Klasse 10; Erleichterung der Bildung von Verbundschulen (HS + RS) – dabei Gesamtmindestschülerzahl als Grundlage.	Schule für alle	Berufspraktisches Profil fördern
<b>Hauptschullehrkräfte</b>						
Personalentwicklungskonzept für die Lehrkräfte der wegbrechenden HS/WR ist dringlich.	Perspektiven werden aufgezeigt.	Haupt- und Werkrealschullehrkräften die Möglichkeit zu einer beruflichen Weiterqualifizierung eröffnen	Personalentwicklungskonzept mit Aufstiegs- und Wahlmöglichkeiten für andere Schularten.		Personalentwicklungskonzept mit Perspektiven für die Lehrkräfte und Nutzung der spezifischen Kompetenzen.	

GEW-Position	CDU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke	AfD
--------------	-----	-----	-------	-----	-----------	-----

<b>Realschule (RS)</b>						
<p>GEW unterstützt das neue RS-Konzept als notwendige Reaktion auf die veränderte Schülerschaft an RS und zur Sicherung des regionalen Schulangebots und fordert mehr Unterstützung für die Realschulen.</p>	<p>RS werden Profilierungen ermöglicht. RS mit differenzierten RS und HS-Angebot; Kl. 5 +6 = Orientierungsstufe mit Option auf Leistungsdifferenzierung; Bildungsempfehlung und Entscheidung für HS/RS am Ende von Klasse 6; Ab Kl. 7 in Kern- und Leitfächern äußere Differenzierung; Verzahnung mit berufl. Gymnasien.</p>	<p><b>Neue RS leistet Beitrag zur RSE und zum Umgang mit Heterogenität, Erhöhung der Poolstunden bis 2017/18 auf 10 pro Zug, umfassende Fortbildung für Lehrer/innen.</b></p>	<p>Fortführung des Konzepts, weitere Erhöhung der Stunden für individuelle Förderung.</p>	<p>Option für RS, den HSA anzubieten. Art der Differenzierung entscheiden die Schulen. Kein Zwang zur Übernahme von GMS-Pädagogik (Notenfreiheit, Sitzenbleiben, innere Differenzierung).</p>	<p>Realschulen sollen [...] auch das gymnasiale Niveau (E-Niveau) anbieten und Lehrkräfte aller Schularten einsetzen dürfen.</p>	<p>Ausbau der Realschulen, auch um gegen Akademisierungswahn anzugehen.</p>
<b>Gymnasium</b>						
<p>Die GEW tritt für eine Weiterentwicklung des G8 ein (z.B. Option auf Ganztage) und lehnt eine Rückkehr zum G9 ab. G9 „schadet“ RS, GMS, allgemeinbildenden und Beruflichen Gymnasien. „Abitur im eigenen Takt“ wird als Flexibilisierungsoption diskutiert.</p>	<p>„Gymnasium pur“ Wahlfreiheit G8 / G9 oder beides, 5./6. Klasse gemeinsam, danach Differenzierung an der Schule.</p>	<p><b>Ja zum Gymnasium, mehr individuelle pädagogische Begleitung, keine pauschale Rückkehr zu G9.</b></p>	<p>Ja zu G8, ja zum Gymnasium, päd. Weiterentwicklung ist notwendig (flexibel, jugendgerecht).</p>	<p>GY erhalten und stärken, Ablehnung eines Einheitsbildungsplans und eines „Abschulungsverbots“; Wiedereinführung von Grund- und Leistungskursen; Ende Schulversuch G9, stattdessen Entscheidung der Stundenverteilung auf 8 oder 9 Jahre an jeder Schule.</p>	<p><b>Abschaffung von G8 zugunsten einer einheitlichen G9-Schulzeit. Päd. Weiterentwicklung des Gymnasiums notwendig: Unterrichten auf verschiedenen Niveaustufen, kein Abschulen. Einbeziehung der GY in die RSE.</b></p>	<p>Gegen die Abschaffung des Gymnasiums. Es muss G 8 und G9 angeboten werden. Fokus auf deutsche und europäische Geistesgeschichte am Gymnasium.</p>

GEW-Position	CDU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke	AfD
--------------	-----	-----	-------	-----	-----------	-----

Gemeinschaftsschulen (GMS)						
Die GEW begrüßt die Einführung der GMS als nicht-selektive Schulart, die auch das regionale Schulangebot sichern kann. Sie braucht aber deutlich mehr Ressourcen, um ihr Potenzial entfalten und die anspruchsvolle Entwicklungsarbeit meistern zu können.	GMS ist gescheitert. Bestandsgarantie, aber keine neuen GMS. Künftig Leistungs differenzierung, Noten und Sitzenbleiben an GMS; Flexibler Ganztags; Anschluss an berufliche Gy. Finanzielle „Privilegierung“ wird gestrichen; Keine Oberstufe an GMS	<b>GMS richtige Antwort auf Bildungsungerechtigkeit und wohnortnahes Schulangebot. Bedarfsorientierter weiterer Ausbau, Option auf gymnasiale Oberstufe und auf den Weg über berufliche Gymnasien</b>	Ja zur GMS, Ausbau gemäß Nachfrage, Oberstufen für GMS, Verbindlicher GT für GMS weiterhin	Finanzielle Privilegierung der GMS wird beendet; Bestandschutz für GMS: GMS kann Gesamtschulkonzept fahren (Kurse) oder HS/WR- und RS-Züge bilden.	<b>Qualitativer Ausbau der GMS verbinden mit einem Schulentwicklungskonzept für alle Schularten; Sicherung des Übergangs in die gymnasiale Oberstufe durch verbindliche Kooperationsvereinbarungen</b>	Bevorzugung der Gemeinschaftsschule beenden. Keine Neugründungen. Stattdessen Erreichbarkeit von Realschulen und Gymnasien sichern.
Ganztagsschulen (GTS)						
Ganztagsschulen leisten dann einen Beitrag zu einer guten und sozial gerechteren Schule, wenn sie qualitativ hochwertig ist. Die GEW setzt deshalb den Fokus auf verbindliche Form des GTS mit multiprofessionellen Teams. Alternativ dazu auch ganztägige Betreuung. Regelganztags auch für weiterführende Schule!.	GTS für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Flexible und modulare Formen des Ganztags; Nachmittagsbetreuung für GTS; keine einseitige Bevorzugung des verbindlichen Ganztags. Verlängerung der Kernzeitbetreuung bis Kl. 7.	<b>Fortsetzung des flächendeckenden Ausbaus (70 % im GS-Bereich bis 2023), Einführung einer Ganztagsgarantie, gesetzliche Verankerung des GTS für weiterführende Schulen wird angestrebt, Monetarisierung bleibt.</b>	Weiterer Ausbau der Ganztagsgrundschulen mit qualifiziertem und verlässlichem Personal, GTS auch für weiterführende Schulen gesetzlich verankern.	Verbindliche und offene GTS ins Schulgesetz aufnehmen.	<b>Ausbau von GTS an allen Schularten.</b>	Kinder nicht in die GTS zwingen. Forderung von Halbtagschulen mit wenig Nachmittagsunterricht. GTS ist kein Ersatz für freiwillige Aktivität.

GEW-Position	CDU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke	AfD
--------------	-----	-----	-------	-----	-----------	-----

Bildungsfinanzierung						
Die dringend notwendigen Mittel des nach wie vor unterfinanzierten Bildungssystems dürfen nicht nur in bildungspolitische Maßnahmen fließen, sondern müssen auch wesentlich zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und vor allem der zeitlichen Entlastung der Beschäftigten dienen.	Gleiche Zuweisungen und Schulhausbau-Zuschüsse für alle Schularten. Stellen und Budgets nach tatsächlichem Bedarf; Anreize für Mangelfächer (Zulagen); Entlohnung befristet Beschäftigter während der Sommerferien.	Zusätzliche Lehrerstellen und Ausbau der festen Krankheitsreserve, Bezahlung der Sommerferien für befristet angestellte Lehrkräfte mit Anschlussbeschäftigung.	Über 1 Mrd. mehr in Bildung investiert (2011-2015); Faire Ressourcensteuerung und Ressourcengarantie für Schulen (Budgets), Mitfinanzierung des Bundes einfordern, Entlohnung befristeter Lehrkräfte auch in den Sommerferien.	Zuweisung von Mitteln nach Schülerzahl in Bildungsregionen. Dort eigenständige Entscheidung über Verteilung. Personalbudget für Schulen.	Schule muss gebührenfrei sein (Lernmittel, Mittagessen, Schülerbeförderung); Sozialindex; Finanzierungs-offensive für Ausbau und Sanierungen der Schulen, Abschaffung des Kooperationsverbots, keine befristeten Arbeitsverhältnisse, Vertretungsreserve von 5%.	Abschaffung der Elternbeiträge zur Schülerbeförderung, Lernmittelfreiheit.
Privatschulen						
Der Beitrag allgemeinbildender Privatschulen zur Stärkung der Bildungsgerechtigkeit wird sehr skeptisch beurteilt. Für eine Angleichung der Bezahlung der Lehrkräfte an die an öffentlichen Schulen.	Privatschulen bereichern die Bildungslandschaft. Förderquote von 80 Prozent als Ziel. Weiterentwicklung des Bruttokostenmodells. Angemessene Finanzierung der Inklusionskosten.	Umsetzung des Urteils des Staatsgerichtshofs (unentgeltlicher Unterricht und Lernmittel auch an Privatschulen, keine pauschale Ausgleichszahlung) durch bessere Finanzierungsregelung.	Wichtige Ergänzung des Bildungssystems, neue gesetzliche Grundlage schaffen mit fairer und verfassungskonformer Finanzierung, soziale Schulgebühren, Bezahlung der Lehrkräfte vergleichbar der öffentlichen Schulen.	Privatschulen sind unverzichtbarer Bestandteil des Bildungswesens, staatl. Zuschuss soll auf 80 Prozent erhöht werden, Gründung von Privatschulen soll erleichtert werden.		

GEW-Position	CDU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke	AfD
--------------	-----	-----	-------	-----	-----------	-----

Bildungsplan						
Der kompetenzorientierte Bildungsplan für die Sekundarstufe ist eine notwendige Voraussetzung für gemeinsames Lernen und mehr Durchlässigkeit. Ablehnung eines eigenständigen Faches Wirtschaft. Die Einführung an den Schulen muss intensiv, systematisch und rechtzeitig vor Inkrafttreten erfolgen.	Keine explizite Aussage; Stärkung von MINT und Informatik.	Bildungspläne wurden an gesellschaftliche Anforderungen angepasst. Betonung der Leitperspektive Toleranz & Akzeptanz von Vielfalt.	Unterstützung der Schulen bei Umsetzung, Ja zum Fach Wirtschaft und Berufsorientierung, jedoch nicht losgelöst von Gemeinschaftskunde.	Jede Schulart braucht einen eigenen Bildungsplan; Verzicht auf die Leitperspektiven; Kein Fächerverbund BNW; Curriculum für Informatik.	Ja zur Wertschätzung von Vielfalt als Unterrichtsziel.	Keine Reduktion von Bildung auf den „Modiebegriff „Kompetenz“ ab. Sofortige Rücknahme des Bildungsplans wg. ideologischer Indoktrination.
Islamischer RU, Ethik						
Die GEW fordert Ethik ab Klasse 1 als ordentliches Schulfach flächendeckend einzuführen. IRU soll nach Bedarf angeboten werden.	Keine Ersetzung des RU durch Ethik; Christlicher Glaube als Leitlinie; bedarfsgerechter Ausbau des IRU; Ethik für nichtkonfessionelle Schüler/innen.	Stufenweiser Ausbau von Ethik, Ausbau des IRU, stärkere Gewichtung der Themen Friedensbildung und Flucht/Asyl.	Ethik ab Klasse 1; IRU nach Bedarf eigenes Schulfach.	Ethik ab Klasse 1, IRU als Regelangebot ausbauen.	Ethik als Schulfach, Ablehnung der „Gewissensprüfung bei Abmeldung vom Religionsunterricht.“	



GEW-Position	CDU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke	AfD
--------------	-----	-----	-------	-----	-----------	-----

Medienbildung						
Medienbildung ist ein durchgängiger, integrierter Teil schulischer Bildung, die auch integraler Bestandteil der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrer/innen sein muss. Notwendig ist eine adäquate Ausstattung an den Schulen.	MINT und Informatik soll gestärkt werden.	Stärkere Verankerung des Fachs Informatik, Förderung der Medienkompetenz und informationstechnischen Grundbildung, Professionalisierung der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte.	Informationstechnische Grundbildung von Anfang an, Profilbildung Informatik an weiterführenden Schulen.	Curriculum für Informatik und Informationstechnologie.		
Friedensbildung						
Stärkung der Friedensbildung auf Grundlage der „Gemeinsamen Erklärung“. Kündigung der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr.		Verankerung der Themen Flucht, Vertreibung und allgemein Friedens- und Menschenrechtsbildung an den öffentlichen Schulen.			Kündigung der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr. Keine Bundeswehr an Schulen.	
Schule, Schulleitung, Lehrer, Lernklima						
Überwindung der selektiven Strukturen und Instrumente im Schulwesen (Sitzenbleiben, klassenvergleichende Notengebung, hierarchische Gliederung der Sek I).	Mehr Verantwortung und Spielraum für Schulleitungen.	Aus- und Fortbildung weiter verbessern; Gesundheitsprävention für Lehrkräfte	Höhere Autonomie für Schulen, mehr Freiraum für Schulleitungen, Ausbau der Fortbildungen Ausbau der individuellen Förderung, Überwindung des Sitzenbleibens.		Abschaffung des Sitzenbleibens zunächst in der GS. Willkommenskultur in der Schule durch Ausbau der Sprachförderung / personellen Ressourcen. Ausbau der schulischen Selbstverwaltung.	Autorität der Lehrer stärken, mehr Unterrichtsdisziplin.



GEW-Position	CDU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke	AfD
--------------	-----	-----	-------	-----	-----------	-----

Frauenpolitik						
	<p>Unter bestimmten Voraussetzungen wird Elternzeit wie Dienstzeit für Beförderungen angerechnet; Arbeitsbedingungen an Hochschulen familienfreundlich gestalten; bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Karriere für Landesbeschäftigte.</p>	<p><b>Aufwertung klassischer Frauenberufe; Aufstiegschancen für Frauen durch Qualifizierung; Schaffung von Entgeltgleichheit als Ziel in die Landesverfassung; Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten müssen Entgeltgleichheit vortreiben; Gleichstellungsbeauftragte auch in großen Kreisstädten.</b></p>	<p><b>Zwei-Stimmen-Wahlrecht mit Landesliste für mehr Frauen im Landtag; Quote für die Kommunalwahllisten; EG-Check nutzen, um Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen zu beseitigen; Existenzsicherung und prekäre Beschäftigung von Frauen zum Thema machen.</b></p>	<p><b>Gesetzliche vorgeschriebene Mitwirkung von weiteren Gleichstellungsbeauftragten zurückführen.</b></p>	<p><b>Flächendeckend hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte; Änderung des Landtagswahlrechts inklusive einer vorgeschriebenen Quote für die Landeslisten der Parteien; Frauenquote von 50 % in allen Entscheidungspositionen im Zuständigkeitsbereich des Landes; ein Entgeltgleichheitsgesetz, das Unternehmen dazu verpflichtet, ihre Entgeltpraxis geschlechtergerecht zu gestalten.</b></p>	<p><b>Gleichstellungsbeauftragte abschaffen, um Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern zu schaffen Frauenpolitik ist dort Familienpolitik: „Versuche, Ehe und Familie durch das sogenannte „Gender Mainstreaming“ oder durch andere ideologisch motivierte Eingriffe in volkerzieherischer und damit bevormundender Absicht zu schwächen, lehnt die AfD entschieden ab.“</b></p>
Frühkindliche Bildung						
<p>Nach dem quantitativen Ausbau muss verstärkt in die Qualität investiert werden. Zeit für Leitungsaufgaben, 25 % mittelbare pädagogische Arbeitszeit, Qualifizierung der Fachkräfte muss höheren Stellenwert einnehmen, Fort- und WB, verbindliche Umsetzung des Orientie-</p>	<p>Familiengeld BW einführen, Sprachförderung und das Programm „Singen – Bewegen – Sprechen“ ausbauen, Standorte für Bildungshäuser, ein verpflichtendes, beitragsfreies Vorschuljahr einführen, flächendeckende Versorgung mit Kindertagesstätten, gute, wohnor-</p>	<p><b>Erfolgreichen Weg fortsetzen: Quantitativen und qualitativen Ausbau in der frühkindlichen Bildung voranbringen. Orientierungsplan stufenweise umsetzen, Sprachförderung weiter ausbauen, Stellenwert und Attraktivität des Berufs der Erzieher/in weiter beför-</b></p>	<p><b>Mittel aus Betreuungsgeld für frühkindliche Bildung nutzen, Personalschlüssel weiter verbessern, O-Plan, Rahmenbedingungen für gute Kitas schaffen, u.a. Leitungszeit für Führung, Sprachförderung weiter ausbauen, Weiterentwicklung von Aus-, Weiterbildung und Studium von</b></p>	<p><b>Qualität durch Wahlfreiheit der Eltern, Betreuung durch Tageseltern als gleichwertig mit der Betreuung in einer Kindertagesstätte anerkennen, Tageseltern an Investitionen beteiligen; Orientierungsplan umsetzen, Personalausstattung sichern, Einschulungsuntersu-</b></p>	<p><b>Inklusive Bildung und Kinderbetreuung, keine Kitagebühren, kostenfreies Mittagessen für alle Kinder, flächendeckende Ganztagsangebote für alle Altersgruppen, Öffnungszeiten nach Bedarf der Eltern, Sprachförderangebote, gute Bezahlung für</b></p>	<p><b>Wahlfreiheit der Eltern, ihr Kind zu Hause zu erziehen, Aufwertung des pädagogischen Personals, Ablehnung einer Überfrachtung mit künstlichen Lernprogrammen.</b></p>

GEW-Position	CDU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke	AfD
--------------	-----	-----	-------	-----	-----------	-----

rungsplans.	tnahe Ganztagsangebote für Berufstätige. Orientierungsplan umsetzen.	dern, mehr Männer begeistern, PIA fortführen, schrittweise Beitragsfreiheit in Kita.	Fachkräften, Kinder- und Familienzentren weiterentwickeln.	chung weiterentwickeln.	die Beschäftigten, Angebote der Fort- und Weiterbildung.	
-------------	--	--	--	-------------------------	--	--

**Berufliche Bildung**

Möglichkeit mit einer beruflichen Ausbildung einen höherwertigen allgemeinbildenden Abschluss zu erreichen, Einführung eines zweiten Berufsschultags; Grundrecht auf berufliche Erstausbildung; Ausbildungspflicht für Unternehmen/ Ausgleichsabgabe von nicht ausbildenden Unternehmen; Rechtsanspruch auf einen Platz am Beruflichen Gymnasium: Berufliche Gymnasium werden für die GMS anschlussfähig gemacht; Übergangssystem neu austarieren; Regionalen Schulentwicklung an BS: Sicherung der Ausbildungsplätze; Schrittweiser Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizites; Erhöhung der Krankheitsreserve auf 6% der	Berufliche Schulen mit Ressourcen ausstatten; Kleinklassen zulassen; betriebsnahe und wohnortnahe Berufsschulstandorte im ländlichen Raum erhalten; mehr schulbezogene Stellenausschreibungen zulassen; den Schulen eigene Fortbildungsbudgets zuweisen; Kompetenzen der Schulleitungen stärken. Verwaltungsassistentenstellen schaffen; die Beteiligung des Landes an der Finanzierung von Internaten für Schüler in Bundes- oder Landesklassen erhöhen; die Empfehlungen der Enquetekommission als Richtschnur nutzen.	Unterrichtsversorgung noch weiter verstärken, Lehrerversorgung verbessern; zusätzliche Vorbereitungsklassen für Flüchtlinge mit weiterentwickelten pädagogischen Konzepten; regionale Schulentwicklung weiter vorantreiben; Eigenverantwortung von beruflichen Schulen stärken; Übergang von der Schule in den Beruf: neuer Bildungsgang „duale Ausbildungsvorbereitung“ landesweit etablieren; Ausbildung für alle und bis zum Abschluss durch sozialpädagogische Begleitung, Teilzeit- und Spätausbildung; Stärkung von Ausbildungsmodellen als Alternative zur ungelernen Beschäftigung.	Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung in Form von hoher Durchlässigkeit und Anerkennung bereits vorhandener Qualifikationen; Erhaltung der dualen Ausbildung als starkes, attraktives Angebot in der Fläche und Reformierung des Übergangssystem Schule/Ausbildung.	ausdifferenziertes Angebot an beruflichen Schulen erhalten; Orientierung der Ausstattung der dualen Fachklassen an den Durchschnittsgrößen von 2014; Finanzierung der Unterbringung der Auszubildenden in Bezirken, Landes- und Bundesfachklassen je zu einem Drittel durch Land, Ausbildungsbetrieb und Auszubildenden; Entscheidung der Berufsfachschulen über die Aufnahme der Schüler in eigener pädagogischer Verantwortung.	Recht auf Ausbildung, Gesetz zur Ausbildungsplatzumlage; Kleinklassen uneingeschränkt erhalten; festgelegte Quote zwischen Auszubildenden und Ausbilder/innen; Verpflichtung der Ausbildungsbetriebe das Ausbildungspersonal regelmäßig berufsfachlich und pädagogisch zu schulen; Erhöhung der Ausbildungsplätze.	Bewährte Ausbildungswege und das duale Ausbildungssystem bewahren und ausbauen.
--	--	---	--	---	--	---

GEW-Position	CDU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke	AfD
--------------	-----	-----	-------	-----	-----------	-----

Lehrererstellen bis Ende der Legislaturperiode.						
<b>Weiterbildung</b>						
<p>Bildungszeitgesetz auch für Lehrer/innen: Keine Beschränkung auf unterrichtsfreie Zeit;</p> <p>Tarifgebundene Arbeitsplätze in der Weiterbildungsbranche, keine prekäre Beschäftigung;</p> <p>Recht auf lebenslanges Lernen durchsetzen und institutionell absichern;</p> <p>Weiterbildung als Teil von Alltagskultur als Unterstützung für demokratische Beteiligung und Teilnahme am kommunalen Leben;</p> <p>Weiterbildung als selbstverständlicher Teil betrieblicher Arbeit und Kultur, unabhängig von ökonomischer Konjunktur.</p>	<p>Kürzung des Bildungszeitgesetzes: Freistellung nur für beruflich veranlasste Weiterbildungen;</p> <p>Bündelung der Unterstützungsmaßnahmen des Landes in der Fort- und Weiterbildung;</p> <p>Weiterentwicklung der bisherigen Fördersysteme.</p>	<p><b>Lebensbegleitendes Lernen: Möglichkeit die Ansprüche aus der Bildungszeit (fünf Tage pro Jahr) anzusparen, um sie für Weiterbildung am Stück einzusetzen z.B. berufsbegleitendes Studium: Vollständiger Bildungszeitanspruch für Auszubildende; Ausrichtung der landesseitigen Förderung der Volkshochschulen sowie weiterer Weiterbildungsträger am Bundesschnitt; Maßnahmen gegen Analphabetismus fortsetzen.</b></p>	<p><b>Etablierung einer niedrigschwelligen Weiterbildungsberatung; Ausbau der Landesförderung für Weiterbildungsträger; Entwicklung eines Angebotes von flächendeckenden niedrigschwelligen und kostengünstigen; Alphabetisierungskursen.</b></p>	<p><b>existierende Weiterbildungssysteme sichern und modernisieren; Abschaffung des Bildungszeitgesetzes.</b></p>	<p><b>Tarifgebundene Arbeitsplätze in der Weiterbildungsbranche; Verpflichtung der Unternehmen für die Weiterbildung ihrer Beschäftigten aufzukommen: Finanzierung durch Branchenfonds in die Betriebe entsprechend der Anzahl ihrer Beschäftigten einzahlen; Keine Bildungsgebühren in der Erwachsenenweiterbildung; Finanzierung durch das Land; Keine vermehrter Privatisierung in der beruflichen Bildung und der Erwachsenen- und Weiterbildung.</b></p>	<p>-----</p>

GEW-Position	CDU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke	AfD
--------------	-----	-----	-------	-----	-----------	-----

Hochschule						
<p>Recht auf Masterstudienplatz für alle Bachelor-Absolvent/-innen; Soziale, demokratische, ökologische und familienfreundliche Hochschule; Zivile und friedliche Forschung und Lehre an Hochschulen (Zivilklausel); Absicherung und Strukturierung der Promotion, berechenbare Perspektiven für Postdocs; Erfüllung der Daueraufgaben in Hochschulen und Forschung mit Dauerstellen, reguläre statt prekäre Beschäftigung, ein Recht auf Work-Life-Balance, Durchsetzung eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses auf allen Karrierestufen.</p>	<p>Bachelor/Master-Studiengänge weiterentwickeln; Grundlagenorientierung des grundständigen Studiums stärken; Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärken; Anzahl unbefristeter Stellen im akademischen Mittelbau erhöhen, die Laufbahngestaltung nach dem Tenure-Track-Gedanken stärken.</p>	<p>Ggf. Masterplätze ausbauen; Öffnung der Hochschulen auch für beruflich Qualifizierte; Einführung des Weiterbildungsbachelor und Zugang mit Fachhochschulreife oder fachgebundener Hochschulreife ermöglichen; Sichere Arbeitsplätze und planbare Berufsperspektiven an Hochschulen: Dauerstellen für Daueraufgaben;  Durch Tenure-Track-Regelungen Schaffung von Juniorprofessuren mit verlässlicher Beschäftigungsperspektive.</p>	<p>Ausbau der Masterstudienplätze; Studienordnungen flexibel gestalten und innovative Lehr- und Studienformate erproben; Faire Beschäftigungsverhältnisse und verlässliche Karrierewege ermöglichen; Zivilklausel entscheidet, ob sich wissenschaftliche Einrichtungen zur Forschung für zivile Zwecke ausdrücklich bekennen.</p>	<p>nachfragegerechte Zahl von Masterstudienplätzen anbieten; Verantwortung für Lehramtsstudium bei Hochschulen und die Referendarsausbildung inkl. der Entscheidung über die berufliche Eignung den Praktikern in Seminaren und Ausbildungsschulen überlassen; Ab 2021 neuen Hochschulfinanzierungsvertrag, der Finanzierung der Hochschulen für fünf Jahre sichert; Prinzip „Geld folgt Student“ etablieren; Studiengebühren; private und staatliche Hochschulen gleichberechtigt an den staatlichen Förderprogrammen partizipieren.</p>	<p>keine Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen; Freien Zugang zum Master für alle Studierenden; Gegen Gebühren für ein berufsbegleitendes Studium und für Gasthörende; Für unbefristete Stellen für Daueraufgaben in Forschung, Lehre und Verwaltung; Förderprogramme für die wissenschaftliche Qualifikation; von Frauen, Personen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Handicap; gesetzliches Verbot von Rüstungsforschung an den Hochschulen, flächendeckende Einführung von Zivilklauseln.</p>	<p>Misstände der Bologna-Reform beseitigen, den „Diplom-Ingenieur“ wieder einführen; Für die AfD ist der „Dipl.-Ing.“ auch ein akademischer Grad mit Zukunft; Kultur- und geisteswissenschaftliche Studiengänge müssen in Deutschland – auch und gerade im Exzellenzbereich – in deutscher Sprache angeboten werden.; Gleichstellungsbeauftragte und Frauenquoten abschaffen, weil männlich Bewerber diskriminiert werden.</p>

**Abkürzungen:**

GS	Grundschule	GSE	Grundschulempfehlung GTS	Ganztag	MSA	Mittlerer Schulabschluss
GY	Gymnasium	RS	Realschule		IRU	Islamischer Religionsunterricht
WR	Werkrealschule	RSE	Regionale Schulentwicklung			
GMS	Gemeinschaftsschule	HSA	Hauptschulabschluss			